Nr. 632a
XXVIII. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Parlaments-Ausgabe

Berlin
13. Dezember 1899

Deutscher Reichstag.

120. Sitzung vom 12. Dezember, 1 Uhr.

Am Tisch des Bundesrathes: Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe, Staatssekretär v. Posadowsky, Graf v. Bülow, v. Goßler, v. Podbielski, Freiherr v. Thielmann, Tirpitz, Graf Hohenthal, Graf Lerchenfeld, Dr. v. Buchka, Nieberding, Freiherr v. Rheinbaden, Freiherr Reichlin v. Meldegg und Andere. Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Lesung des Telegraphenwegegesetzes. Berichterstatter Abg. Dr. Esche (natl.).

Abg. **Kirsch** (Ctr.)

erklärt, mit Rücksicht auf den zweiten Gegenstand der Tagesordnung auf seine Bedenken gegen einzelne Punkte fallen.

Nach kurzen Bemerkungen des Geheimen Rathes **v. Sydow** und Abg. **Schrader** (fr. Vg.) wird der Gesetzentwurf in der Fassung der Kommission **angenommen**.

Sodann wird die erste Berathung des **Etats** fortgesetzt.

Abg. Dr. **Lieber** (Ctr.):

Unter dem Eindruck des gestrigen Tages wird wohl in uns allen das Gefühl lebendig sein, daß wir in diesem Jahr mit besonderer Aufmerksamkeit und Anstrengung den Voranschlag des Etats berathen müssen, damit er nicht unter einer anderen Angelegenheit Noth leidet. Was den Etat betrifft, so wird zugegeben sein, daß es schwer, wenn nicht unmöglich ist, gegenüber der Erklärung, die der Reichskanzler gestern im Namen des Bundesraths abgegeben hat, und nach den Ausführungen der Staatssekretäre die Erörterungen in dem Umfang und in der Unbefangenheit vorzunehmen, wie es in diesem Hause üblich ist. Wir werden wohl heute den festen Entschluß fassen, es an der üblichen Gründlichkeit und Sorgfalt nirgends fehlen zu lassen. Eine Ueberhebung kann sich der Reichstag sagen, daß die günstige Lage und der Sorgfalt zu danken ist, mit der der Reichstag seit Jahren den Voranschlag aufstellt. Von den Rednern, die gestern hier sprachen, hat der Reichsschatzsekretär, wohl **mit Rücksicht auf seine Nachfolger** (Heiterkeit, ich meine auf die, die noch ihm kommen, sich eine große Beschränkung auferlegt, die wir somit ihm nicht kennen. (Heiterkeit.) Ich mache ihm daraus um so weniger einen Vorwurf, als ich mit ihm einverstanden bin, daß im Großen und Ganzen der vorliegende Voranschlag wenig oder gar nichts Aufregendes hat. Was die Rechnungsjahre 1898 und 1899 betrifft, so kann nicht verkannt werden, daß wir uns, wenn auch nicht in ungünstigen Verhältnissen, so doch in einer rückläufigen Bewegung befinden. Der Schatzsekretär hat mit seiner Vorsicht zwar behauptet, daß es noch nicht heruntergeht, aber doch nur davon gesprochen, daß wir uns auf einer Treppenstufe befinden, von der es eher den Anschein hat, als ob sie noch eine langsam absteigende sei. In Wahrheit liegt nach seiner eigenen Darstellung die Sache so, daß das Jahr 1899 85 beziehungsweise 39 Millionen, wenn man die 4 Millionen Mehrausgaben mit in Rechnung stellt, hinter sich hat, als das Jahr 1898. Nach meinem Laienverstand müßte man das schon ein Heruntergehen nennen. Daran kann man keine großen Hoffnungen knüpfen. Die nächste Folge dieser Entwickelung macht sich bei der Schuldentilgung bemerkbar. Im Jahre 1898 wurde die Anleihe von 55 Millionen bewilligt, man konnte darauf aber 9 Millionen Schuldentilgung in Rechnung bringen, so daß der Anleihebetrag nur 13 Millionen betrug. Im Jahre 1899 steigt der Anleihe von 109 Millionen nur ein Tilgungsbetrag von 18 Millionen gegenüber, so daß die Anleihe, die für Begleichung der 1899er Jahresrechnung begeben werden muß, 91 Millionen beträgt. Das ist kein geringer Sprung nach oben.

Auf die Unterschiede in der Etatsaufstellung gegen das Vorjahr will ich nur kurz eingehen. Die Einstellung der Bruttoeinnahmen und der Reichsbetriebsverwaltungen — das wird anerkannt werden müssen — entspricht den geäußerten Wünschen aus der Mitte des Hauses und der Budgetkommission. Daß die Militärstrafgerichtsbarkeit, der Postscheckverkehr ihre besondere Stelle im Etat finden mußten, selbstverständlich, und mit besonderer Freude ersieht man, daß die Anträge, die aus dem Invalidenfonds entnommen werden, eine erhebliche Steigerung erfahren haben. Auch die in Aussicht genommene Gehaltsordnung für die Kolonialbeamten nach den Grundsätzen des Altersgruppensystems wird wohl allseitige Billigung finden. Ueber die erwähnten Ausgaben für unsere Kolonien wird man sich später bei guten sachlichen Unterlagen wohl verständigen können. Ich sage das insbesondere in Bezug auf die **offensichtliche Steigerung**, die sinnlich deren so selbst ihre Erklärung mit aller Ruhe **abzuwarten** entschlossen sind, welche Pläne und Kostenvoranschläge uns hierfür vorgelegt, und wie sie im Einzelnen begründet werden. Daß neben dem Etatgesetz in diesem Jahre ein Schuldentilgungsgesetz nicht vorhanden ist, dafür aber ein Gesetz zur Vermehrung der Betriebsmittel, wird unter der Voraussetzung, es wirklich eine Ausnahme bleibt, wesentliche Bedenken nicht finden. Ich gleichwerthig, ob ich meine Lasten verringere oder meine Mittel erhöhe; es mag ja für die verbündeten Regierungen eine Erleichterung sein, wenn die Einzelstaaten nicht genöthigt sind, dem Reiche Vorschüsse zu machen, wenn dies auch in der Erwartung geschieht, einen Theil zurückzuerhalten. Wenn der Reichsschatzsekretär eine Reihe von Maßnahmen ankündigt, die demselben Zwecke dienen, darf er sicher sein, wenn sie nur diesem Zweck dienen, werden sie eine wohlwollenden Prüfung auf dieser Seite begegnen.

Wer länger dem Reichstag angehört und die Wandlungen solcher Anschläge durchgemacht hat: die glänzende Entwickelung unserer Finanzen zur Zeit der Militärvorlage im Jahre 1892, beinahe unfaßbar nachher die nicht Grau in Grau, sondern Schwarz in Schwarzmalerei unserer Finanzen als Vorspann für die Miquelsche Steuerreformvorlage — der weiß so gut, wie **die römischen Zahlen** es wußten, daß, wenn deutsche Reichsfinanzverständige einander trauen, wenn auch nur in den Vorzimmern der Reichsämter oder **den Wandelgängen des Reichstages** (Heiterkeit), sie dann ein **freundschaftliches Lächeln** austauschen. (Heiterkeit.)

Unter diesen Verhältnissen kann ich mich darüber nicht wundern, daß der vorliegende Voranschlag einmal wieder im rosigsten Lichte erscheint. Der Rückblick auf die zwei Jahre hinter uns sieht nicht so rosig aus, und ich mache dem vorliegenden Etat den Vorwurf, daß er alle günstigen Faktoren, namentlich bei Schätzung der Reichseinnahmen, sehr reichlich in Betracht zieht, bei den Post- und Eisenbahneinnahmen wohl etwas zu hoch. Hat man doch hier, um zu möglichst hohen Einnahmen zu kommen, sogar schon **das Bärenfell der Pariser Weltausstellung** vertheilt.

Die Mehreinnahmen hierbei hat der Reichspostsekretär auf nicht weniger als 8½ Millionen Mark berechnet. Man greift wohl nicht zu hoch, wenn man zwei Drittel, das heißt 170 Millionen in Anschlag bringt. Ich kann mich dabei auf den weisen Leiter der preußischen Finanzverhältnisse berufen, der uns stets im Abgeordnetenhause davor warnt, daß der Ausgang auf schwankende Einnahmen zu basiren. (Sehr gut! links.) Das sei eine sehr unkluge Finanzpolitik, die sich später oder später rächen müßte. Man wird also gut thun, sich dieser Mäßigung aufzuerlegen, die Herr v. Miquel als die eines guten Finanzmannes bezeichnet. Wenn man von den Einnahmen den Ausgaben übergeht, so sieht man, daß es bei der Abwägung der Einnahmen gegenüber den Ausgaben an der — ich will mal sagen — **Miquelschen Klugheit** gefehlt hat. Die Einnahmen sind so gesetzt, daß sie gerade nur die dringendsten Ausgaben decken. Die dringenden Ausfichten, von denen man uns hier gestern erzählte, werden darunter sehr leiden, denn man wird mehr brauchen, als man von uns verlangt. Wir haben ja trotz der glänzenden Mehreinnahmen hier eine Anleihe von 76 Millionen Mark in Aussicht zu nehmen. Das Anleihegesetz für 1900 aussehen wird, läßt sich im Augenblick nicht übersehen. Der heute schon in Aussicht genommene Anleihebetrag wird den der letzten Jahre jedenfalls nicht unerheblich überschreiten. Bei diesem Gesammtbilde haben meine politischen Freunde das dringende Bedürfniß und das ernste Pflichtbewußtsein, die Einzelheiten des Voranschlages wo möglich noch mit größerer Sorgfalt als seither zu prüfen.

Wir haben vom Reichskanzler gestern gehört, daß eine **Verdoppelung** der **Schlachtflotte** und der großen Auslandsschiffe bei gleichzeitiger Streichung des ganzen Küstengeschwaders für nothwendig gehalten werde. Der Reichstag zwird für diese Mittheilung in diesem Augenblick zu besonderem Dank verpflichtet sein. Es ist zweifellos, daß dadurch die Angelegenheit erst jetzt auf den richtigen verfassungsmäßigen Boden gestellt ist, auf dem sie von Anfang an hätte behandelt werden sollen. (Sehr richtig!) An meinem Theil habe ich die gleichzeitige Streichung des Küstengeschwaders so verstanden, daß dieses Geschwader, das 1888—91 gebaut ist, nur nach Maßgabe des Flottengesetzes aufgebraucht und durch sogenannte Schlachtschiffe ersetzt werden soll. Allein auf anderer Seite sind die Worte des Reichskanzlers so verstanden worden, als solle die Schlachtflotte verdoppelt und dieses sogenannte Küstengeschwader einfach zum alten Eisen geworfen werden. Ich nehme an, daß meine Auffassung der Worte des Herrn Reichskanzlers derjenigen der verbündeten Regierungen entspricht, daß man nicht die jetzt vor gerade zehn Jahren angeschafften Schiffe des Küstengeschwaders ohne Weiteres zum alten Eisen werfen wird, sondern daß das ausgegebene Geld Früchte tragen soll, bis die Schiffe nach dem natürlichen Lauf der Dinge und nach den Bestimmungen des Flottenerfatzgesetzes erfatzbedürftig sind. Der Herr Reichskanzler hat uns dann mitgetheilt, daß diese Verdoppelung der Schlacht- und Auslandsschiffe durch eine Novelle zum Flottengesetz, die sich in Vorbereitung befindet, gesetzlich festgelegt werden soll, daß aber eine Anschaffungsfrist nicht gesetzlich bestimmt werden soll, sondern die jährlichen Ausgaben der jährlichen Etatsfestsetzung unterliegen sollen. Es ist dann später, namentlich durch den Herrn Staatssekretär des Auswärtigen, wiederholt von einem Ausbau und eine Ergänzung des Flottengesetzes vom 1898 gesprochen worden; ich erlaube mir aber, darauf aufmerksam zu machen, daß man zwar von einem Ausbau des Flottengesetzes spricht, daß aber angesichts der Neuanschaffungen von einem vollständigen Umsturz des Flottengesetzes von 1898 gesprochen werden muß. (Sehr richtig!) Ich will darauf noch später zurückkommen. Der Herr Reichskanzler hat uns dann mitgetheilt, daß die zur Erreichung des erhöhten Sollbestandes bestimmten Schiffen aus Anleihemitteln bezahlt werden sollen. Der Anlaß zu dieser Mittheilung ist das unglaubliche Vorgehen eines **Preßorgans**, dem man **offiziöse Beziehungen** zum preußischen Staatsministerium nachsagt, und welches unmittelbar nach dem Bekanntwerden des neuen Flottenplanes, wie ich einmal sagen will, der staunenden Welt verkündete, daß die 60 Millionen, die aus der Erhöhung der Getreidezölle bei den neuen Handelsverträgen zu erwarten seien, für den neuen Flottenbestand in Aussicht genommen werden sollen.

Es war in der That ein Akt der Selbstverhaltung der verbündeten Regierungen, daß sie diesen Freundschaftsdienst so rasch wie möglich **von ihren Rockschößen abschüttelten.** (Heiterkeit.) Im Uebrigen haben wir ja aus den Darlegungen des Herrn Schatzsekretärs, die bei den Abschlüß des gestrigen hochinteressanten Tages machten, bereits erfahren, um welchen Anleihebetrag es sich handelt. 16 Jahre, sagte der Herr Staatssekretär vorsichtig als Finanzmann, sind eine lange Zeit, es sind nach heutiger Schätzung 783 Millionen Mark nöthig, das macht auf 16 Jahre vertheilt pro Jahr 48,94 oder rund 49 Millionen Mark. Der Herr Staatssekretär sagte, daß man wohl, auch wenn die Finanzen sehr schwanken, in 16 Jahren eine solche Summe in Gestalt einer Anleihe sich wird beschaffen können. Ja, gelieben wird man so viel Geld noch bekommen. (Heiterkeit.) Die Sache hat nur einen Haken. Der Kredit des deutschen Reiches trotz seiner ceißenden Aufwärtsbewegung ist himlänglich gut, so daß er im Laufe der 16 Jahre die veranschlagte Summe ertragen kann, gewiß; aber werden das die einzigen Schulden sein, welche wir in diesen 16 Jahren zu erwarten haben? (Bewegung.) Diese Frage hat der Staatssekretär nicht gestreift. Ich kann ihm aber ebenso sicher, wie er gesprochen hat, sagen, daß auch für viele andere Zwecke noch weit höhere Anleihemittel werden in Anspruch genommen werden — in diesen selben 16 Jahren. Ueber die Beschaffung der Mittel für den Flottenbau haben ich und zahlreiche meiner Freunde, alle, die der Budgetkommission angehören, im Laufe der Jahre die Ueberzeugung gewonnen, daß es am allerbesten wäre, so rasch sich anbrauchende Dinge wie Kriegsschiffe gar nicht aus Anleihen zu entnehmen, sondern **aus laufenden Mitteln.** (Zustimmung.) Man nimmt Dinge aus Anleihen, von denen man vernünftigerweise annehmen kann, daß sie unseren Nachkommen zu Gute kommen. (Sehr richtig!) Von den Kriegsschiffen haben wir erfahren, daß, wer von guter Gesundheit ist, die Hinfälligkeit, die Ersatzbedürftigkeit derselben recht gut erleben kann. (Heiterkeit.) Ueber die Beschaffung der Mittel werden die verbündeten Regierungen, wenn es Ernst werden sollte, mit sich reden lassen müssen. Ich kann seitens meiner politischen Freunde wenig, um nicht zu sagen gar **keine Geneigtheit** in Aussicht stellen, heute schon sich dafür zu erklären, die sämmtlichen 800 Millionen **aus Anleihen zu decken.** (Zustimmung in der Mitte.) Wir hoffen immer noch, daß ständige Ausgaben des Reiches sich auf andere Weise begleichen lassen, während man auf anderer Seite neue Steuern in Bereitschaft hält, die man früher schon uns schmackhaft zu machen versucht hat. Wir sind bisher ohne große Anleihen ausgekommen, und bei einer gesunden Finanzwirthschaft wird es wohl gelingen, über andere Berge zu kommen. Meine politischen Freunde können es ab, sich **heute schon** durch eine Erklärung nach irgend einer Richtung **zu engagiren.** Ich habe den geneigten Auftrag, die Vorlage, die dem Reichstag noch nicht zugegangen ist, eine bindende Erklärung nicht abzugeben. (Heiterkeit.) Wir pflegen uns nicht einmal bei der ersten Lesung einer Vorlage, die uns zugegangen ist, zu binden und sollen uns hier binden? Die gestrige Erklärung des Reichskanzlers ist, wie ich schon gesagt habe, dankenswerth. Ich füge hinzu, daß ich sehr überzeugt bin, die gestrige Erklärung hätte einen viel sympathischeren Eindruck auf das Haus und das Land gemacht, wenn nichts vorausgegangen wäre (Sehr gut), wenn nicht das Land vorher **in Aufregung gesetzt** wäre durch Dinge, die nur mit dem Reichstage zu verhandeln und wenn möglich zu vereinbaren sind.

Wir leben seit Wochen immitten einer täglich steigenden Aufregung über diese Flottenvermehrung. Die Sache nahm ihren Ausgang von dem in Hamburg am 18. Oktober gesprochenen Wort, daß uns eine starke Flotte nothäthut. Am 20. Oktober erschien der bekannte Leitartikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", der immer die Voraussetzung macht, daß eine Flottenvermehrung nothwendig sei. Gleichwohl entwickelt er einen Plan, der bis zum letzten Schiff im letzten Jahre ausgearbeitet ist. Es mag sein, daß es im deutschen Volke Kreise giebt, die dies erwarten und voraussehen. Ungleich weitere Kreise waren von der Kundgebung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vollständig überrascht, in erster Linie die, die vor noch nicht 1½ Jahren im deutschen Reichstage das Flottengesetz bewilligt hatten auf die bündigsten Erklärungen der verbündeten Regierungen, daß damit in der Flottenvermehrung Ruhe im Reich für sechs Jahre geschaffen sei. (Sehr richtig!) Ich begreife die Schwierigkeit, ja **das Verzweifelte der Lage,** in der der Staatssekretär der Marine sich gestern befand. Aber nicht er allein, sondern auch der Reichskanzler hat solche Erklärungen im Reichstage abgegeben. (Sehr richtig!) Bindungen im bürgerlich rechtlichen Sinne giebt es allerdings in öffentlichen Angelegenheiten nicht. Aber wenn die Verhältnisse ein Verlassen der eingegangenen Verpflichtung nothwendig machen, so muß dies in der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Form erfolgen. Man hat auch nicht einmal, bevor man den Blättern Mittheilung machte, den Bundesrath befragt, ob eine solche kritische Lage inzwischen eingetreten ist. Es war keine des Reichstags und Bundesraths würdige Behandlung. Ich weiß, daß die Gesetzgebung vom Bundesrath und Reichstag geübt wird, ich weiß, daß der Verkehr im Reich den preußischen König als Kaiser zuteilt, ich weiß, daß die Leitung der Geschäfte dem Reichskanzler zusteht, der dafür verantwortlich ist. Ich weiß, daß der Reichskanzler sich vertreten lassen kann durch Staatssekretäre, die unter seiner Verantwortlichkeit die Geschäfte des Reiches führen. Jeder Mensch weiß, daß das eine Regierung ist, aber **was ist das für eine Regierung, die sich seit Oktober in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vernehmen läßt?** (Sehr gut!) Nicht einmal der ständige Ausschuß des Bundesrathes für das Seewesen steht hinter dieser „Regierung" (Heiterkeit. Sehr richtig!), die sich seit Wochen überall in den offiziösen Blättern vernehmen läßt. Zustände dieser Art sind für eine Partei wie die meine, die sich den föderativen Charakter des Reiches zu wahren als Aufgabe gestellt hat, **unerträglich,** sie werden mit jedem Tage unerträglicher. (Beifall.)

Dem ganzen neuen großen Flottenplane konnte kein schlechterer Dienst erwiesen werden, als daß fortgesetzt **im Namen einer uns unbekannten Regierung** in der „Nordd. Allgemeinen Ztg." die Vertretung des Reiches mit Ausdrücken belegt wurde, die ich hier auf dieser Tribüne und vor dem hohen Hause zu wiederholen mich für zu gut halte. (Beifall.) Den schlechtesten Dienst haben dem neuen Plane aber die **„Berliner Pol. Nachrichten"** erwiesen, als sie 60 Millionen Mehreinnahmen aus **Getreidezöllen** als Deckungsmittel für die neue Flotte vorschlugen. Was ist vorgegangen? Am 18. Oktober wurde zu Hamburg eine Rede gehalten, die im „Deutschen Reichsanzeiger" abgedruckt wurde. Nicht im eigenen Hause, sondern öffentlich vor aller Welt ist uns, dem deutschen Volke, dort gesagt worden, wir müßten den Parteiungen entfagen, vor allem müßten wir die Sucht ablegen, das Höchste in immer schärfer sich ausprägenden Parteirichtungen zu finden; das deutsche Volk müsse aufhören, die Partei über das Wohl des Ganzen zu stellen; statt wie bisher **in ödem Zank** sich darüber zu streiten, wie die einzelnen Kammern und Säle des Reichstagsgebäudes eingerichtet werden, möge das Volk dem Ideal des Kaisers nachstreben. Und so fort. Was war vorgegangen? Man konnte versucht sein, das Schicksal der Kanalvorlage im preußischen Abgeordnetenhause damit in Verbindung zu bringen. Es ist aber nicht Gewohnheit der Könige, in Nachbarstaaten über das Verhalten ihrer Völker Klage zu führen, zumal da ja an die **Stützen des Thrones** dabei hätte gedacht sein müssen. (Heiterkeit.) Man könnte versucht sein, an die **Zuchthausvorlage** zu denken; aber deren Schicksal war damals noch nicht entschieden, ihr wurde auch damals nicht eine so hohe Bedeutung beigelegt. Jene Worte konnten und können sich nach meiner Ueberzeugung nur auf die Flottenfrage beziehen. So frage ich wiederholt: Was war denn geschehen, das zu dieser scharfen Aeußerung Anlaß gab? Ein Jahr, fünf Monate, zwölf Tage (Heiterkeit.) Früher war uns **im weißen Saal des kaiserlichen Schlosses in Berlin** gesagt worden: „Mit hoher Befriedigung erfüllt es Mich, daß Ich unter Ihrer patriotischen Mitwirkung erreichen konnte, unsere Flotte auf eine feste und dauernde Grundlage zu legen." (Hört, hört!) Ueber dies Feste und Dauernde werden wir uns bei der Berathung der Vorlage noch des Näheren zu unterhalten haben. Dann hieß es damals weiter: „Sie haben die Hand zu einem Werk geboten, das **die dankbare Würdigung kommender Geschlechter** finden wird." (Hört, hört!) Und am Schluß hat es geheißen: „Ich weiß mich Eins mit dem deutschen Volke, welches entschlossen ist, die verbündeten Regierungen in der Erreichung dieses Zieles zu unterstützen, die Grundlage unseres staatlichen, kirchlichen und bürgerlichen Lebens zu erhalten. In dieser festen Zuversicht hoffe Ich zu Gott, daß es Mir beschieden sein wird, die inneren Kräfte Unseres Vaterlandes zu stärken und das Ansehen seines Namens unter den Völkern der Erde zu bewahren. . . . Es ist mir eine Pflicht und ein Herzensbedürfniß, Ihnen für die **verständnißvolle Bereitwilligkeit,** mit der Sie Unserer hochbedeutsamen Aufgabe Ihre Mitwirkung geliehen haben, zugleich im Namen der verbündeten Regierungen Meinen kaiserlichen Dank zu sagen." Im deutschen Namen und im Einverständniß mit dem deutschen Volk frage ich noch einmal: Was ist in den 1½ Jahren vorgegangen, um in dem Herzen Sr. Majestät eine solche **Wandlung der Ansichten über das deutsche Volk** herbeizuführen? Wir wären nicht werth eines solchen Kaisers, wenn wir solche Dinge nicht zur Sprache bringen wollten. (Mittlauter Stimme.) Ich kann mir mir denken, daß **unverantwortliche Rathgeber** (laute Zustimmung) das deutsche Volk bei Sr. Majestät **verdächtigt** haben. Von den verantwortlichen Männern, die hier sitzen, dafür lege ich die Hand ins Feuer (Stürmische Heiterkeit) ist keiner, der so etwas thun könnte. Aber es giebt da jetzt Leute, die **vom Kommunisten bis zum Agrarier** alle Stufen der Parteien durchlaufen haben, die dann von der Höhe ihrer Parteilosigkeit herab — die sie zwar nicht verbindert, die bestehenden Parteien Tag für Tag gegen einander **aufzuhetzen** — alle Parteien **für überlebt** erklären, und von diesem Standpunkt ihrer Parteilosigkeit aus jede, auch die legitimste Parteiregung in Deutschland für ein Verbrechen an dem Wohle der Nation, für eine Verfündigung an dem Wohle der Krone nicht nur halten, sondern auch erklären. Ich hoffe, die Vergangenheit, die hinter uns liegt, aber auch die Zukunft vor uns werden Sr. Majestät den Beweis erbringen, daß das, was er in Hamburg gesagt hat, falsch war, daß es richtig war, was er am 6. Mai 1898 in Berlin gesagt hat. In Hamburg hat der Kaiser auch ausgesprochen, daß, wenn in den ersten Jahren seiner Regierung nicht beharrlich die Mittel verweigert worden wären, unser blühender Handel und unsere überseeischen Interessen ganz anders hätten gefördert werden können. Auch hier muß Se. Majestät falsch berichtet worden sein. Vom Jahre 1889/90 bis zum letzten Haushaltsvoranschlag, mit Ausschluß der Flottengesetzjahre, in denen alles ohne Anstand bewilligt worden ist, sind 68 Schiffe endgiltig bewilligt. 7 abgelehnt worden, **90½ Prozent sind bewilligt,** 9½ Prozent abgelehnt worden. Mit Einschluß der Flottenjahre sind in diesen Zeitraum 99 Schiffe bewilligt, 7 abgelehnt, das heißt 93% Prozent sind bewilligt, 6½ Prozent abgelehnt worden. An Geldmitteln sind gefordert worden 402,767,000 Mark, 377,173,000 Mark bewilligt, 32,596,000 Mark abgelehnt; das heißt 91⁹⁄₁₀ Prozent sind bewilligt und 8⁷⁄₁₀ Prozent abgelehnt worden. Sie werden mir nicht geben, daß das nicht eine beharrliche Verweigerung der in den ersten acht Jahren geforderten Flottenverstärkung seitens des Reichstages bedeutet. Ich muß also annehmen, daß, wenn sein Vertrauen vorliegt, der hohe Bundesrath so verwesen gewesen ist, erhebliche Streichungen vorzunehmen. (Große Heiterkeit.)

Das diplomatische und parlamentarische Meisterstück, das wir gestern vom Staatssekretär des Auswärtigen gehört haben, hat überall da, wo vaterländische Saiten angeschlagen wurden, lauten Widerhall im Reichstag gefunden. Ich enthalte mich, einzelne Ausstellungen, ich will lieber sagen Ergänzungen, hinzuzufügen. Wenn der Staatssekretär zum Beispiel sagte, es sei eine Eigenthümlichkeit unserer Zeit, daß auf dem Gebiete der auswärtigen Politik jeden Tag neue Reibungsflächen entstehen können, so wird der Reichstag hinzufügen mögen: **noch mehr auf dem Gebiete der inneren Politik.** (Sehr richtig!) Niemand von uns will die wirthschaftliche, noch weniger die politische Demüthigung und Ohnmacht des deutschen Volkes jemals wieder erleben. Wir wollen nicht, auch wir im Centrum nicht, den Deutschen jemals wieder zum Knechte der Menschheit herabgewürdigt sehen. Auf der anderen Seite nehmen wir in Anspruch, daß, wenn wir in Ausübung unseres pflichtmäßigen Rechtes als Vertreter des deutschen Volkes auch die vaterländischen Forderungen, die von den verbündeten Regierungen an uns herantreten, mit Ruhe und Sachlichkeit prüfen, man uns nicht sofort **mit aller möglichen**